

Über historische Verantwortung

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Buches des Frankfurter Pädagogikprofessors Benjamin Ortmeier und der Doktorandin Saskia Müller, bei denen es primär darum geht zu hinterfragen, ob und inwieweit die GEW die Entnazifizierung von Täter_innen unterstützt und begünstigt haben könnte, war ganz besonders auch der Landesverband Hamburg angesprochen. Einer der ersten Vorsitzenden unseres Landesverbands nach dem Krieg, Max Traeger, Namensgeber einer Stiftung der GEW, geriet dabei in den Fokus als jemand, der – so die These Ortmeiers – widerrechtlich dafür gesorgt hatte, dass die Immobilie Ro19 nach dem Krieg Eigentum der GEW wurde. Vor diesem Hintergrund verwies Ortmeier auf die Inbesitznahme des Hauses Ro19 im Frühjahr 1938 durch den NSLB (Nationalsozialistischen Lehrerbund). Dies hatte bekanntlich eine langjährige innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Frage ausgelöst, ob es sich dabei um Arisierung gehandelt habe. Dass das Haus bereits 2013 an eine jüdische Organisation verkauft und vom Erlös ein nicht unbeträchtlicher Teil an die jüdische Gemeinde gestiftet worden war, fand in diesem in der Mitte des Jahres 2016 veröffentlichten Buch keine Erwähnung. Durch diese Weglassung hatten verschiedene Medien bundesweit skandalisierend darüber berichtet. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die GEW-Bund, aber auch unser Landesverband aufgefordert, sich zu erklären; zum einen gegenüber der Öffentlichkeit, zum anderen auch gegenüber dem BASS (Bundesausschuss der Studenten und Student_innen innerhalb der GEW), der die Veröffentlichung zum Anlass genommen hatte, eine Unterschriftenkampagne zu initiieren, um einmal Licht in das Dunkel zu bringen und darüber hinaus mit ihr die Forderung zu verknüpfen, die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen.

Im Folgenden dokumentieren wir die Stellungnahmen unseres Landesverbands und die der GEW-Bund. Im Anschluss daran findet sich eine ausführliche Rezension des Buches. JG

Erste Stellungnahme der GEW Hamburg vom 10.10.2016

Die Veröffentlichung erweckt den Eindruck, die GEW Hamburg habe Ro 19 nicht verkauft. „Aufarbeitung ja, aber auf Grund vollständiger Recherchen“

In der Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ von Benjamin Ortmeier wird der Eindruck erweckt, dass das Gebäude Rothenbaumchaussee 19, das 1935 von jüdischen Vorbesitzern von der GEW gekauft wurde, sich weiterhin in Besitz der GEW Hamburg befindet. Diese Behauptung ist unrichtig.

Bereits im Januar 2013 hat die GEW Hamburg

das Gebäude Rothenbaumchaussee 19 an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft, wie in einer Pressemitteilung vom 25.2.2013 auch öffentlich gemacht wurde. Dabei wurde einerseits Chabad e.V. durch einen günstigen Kaufpreis von 2,5 Mio. Euro der Erwerb von Ro 19 und dem Hintergebäude 19a ermöglicht. Zudem wurde durch eine Spende von 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg auch besonders die Bildungsarbeit der Gemeinde unterstützt. Ebenso hat die GEW Hamburg beschlossen, aus ihrem Haushalt 10.000 Euro pro Jahr für einen Fonds zur Verfügung zu stellen, der sich gegen rassistische oder fremdenfeindliche Aktivitäten und für ein gleichberechtig-

tes, friedliches Miteinander der Menschen in Hamburg einsetzt.

„Als GEW Hamburg stehen wir der Aufarbeitung auch der dunklen Kapitel der GEW und seiner Vorläuferorganisationen offen gegenüber, wie die jahrelangen Diskussionen um das Haus Ro 19 gezeigt haben, die in einen Verkauf mündeten. Historische Aufarbeitung sollte auf Grund einer vollständigen Recherche passieren, nicht durch das Weglassen entscheidender Tatsachen,“ so Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Beschlussvorlage für den Landesvorstand

Es sind noch viele Themen und Fragen aus der Gründungszeit der GEW und zu den Vorläuferorganisationen wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Die GEW Hamburg will in Zusammenarbeit mit dem HV ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Geschichte der GEW Hamburg initiieren und bereitet das jetzt vor. Im Rahmen dieses Projekts wird insbesondere beforscht, inwieweit NS-Aktive die GEW Hamburg mitprägten. Die Forschungsergebnisse werden wir in Ruhe und ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Die GEW stellt sich ihrer Vergangenheit und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen.

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 8.11.2016 dem Antrag zugestimmt.

GEW arbeitet ihre Geschichte auf Frankfurt, 15.11.2016

Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen: Die Bildungsgewerkschaft will renommierte, unabhängige Historiker*innen für Forschungsvorhaben gewinnen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft arbeitet ihre Geschichte auf. Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen durch den Historiker Jan Kellershohn will die GEW in Zusammenarbeit mit der GEW Hamburg jetzt renommierte, unabhängige Historiker*innen insbesondere für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen.

"Die Literaturrecherche zeigt, dass sich die GEW seit vielen Jahren und an ganz unterschiedlichen Stellen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat – rund 30 Seiten Literaturliste zeugen von der Intensität der Diskussion. Die Übersicht macht aber auch deutlich, dass die Geschichte der GEW bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Wir haben die Hinweise des Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier aufgenommen, der der GEW-Spitze in einem persönlichen Gespräch interessante Informationen und einen Impuls gegeben hat, diese große und wichtige Aufgabe anzugehen", sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am

Dienstag in Frankfurt a. M.

"Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen. Deshalb werden wir die Forschungsergebnisse ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Im Rahmen dieses Projekts soll auch zur Vita des ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger geforscht werden."

Position der GEW Bund zum Offenen Brief des BASS

Der Bundesausschuss der Studierenden in der GEW (BASS) hat seine Mitglieder darüber informiert, dass der Hauptvorstand (HV) dem Antrag des BASS, den Offenen Brief "Max Traeger – kein Vorbild" auf der GEW-Website zu veröffentlichen, mit überwiegender Mehrheit nicht zugestimmt hat.

Wir möchten euch über die Gründe informieren, die gegen die Veröffentlichung vorgetragen wurden. Zum einen hat der BASS die –notwendige– Auseinandersetzung mit der Geschichte der GEW und Vita Max Traegers mit einem Offenen Brief gestartet, ohne zuvor das Gespräch mit dem GV, HV oder anderen GEW-Gremien zu suchen. Wir hatten nicht einmal eine "logische Sekunde" Zeit, zur Kritik und den Forderungen des BASS Stellung zu nehmen. Der BASS ist selbst im HV und damit im Kuratorium der Max-Traeger-Stiftung vertreten und schreibt diesem nun einen Offenen Brief mit schweren Vorwürfen an die GEW, ohne das im Offenen Brief enthaltene Anliegen dort jemals vorgebracht zu haben.

Zum anderen enthalten der Offene Brief und der diesem Anhang beigefügte Text von Benjamin Ortmeier und Saskia Müller eine Reihe von Tatsachenbehauptungen, die entweder falsch oder nicht belegt sind. Falsch ist etwa die Behauptung, die Geschäftsstelle der GEW in Frankfurt am Main heiße Max-Traeger-Haus (wurde in einer überarbeiteten Version des Textes teilweise korrigiert). Nicht belegt ist etwa die Aussage, die GEW habe sich "massenhaft" daran beteiligt, "berechtigte Sanktionen gegen NS-Lehrer_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen" (Offener Brief des BASS – Ortmeier und Müller sprechen hierbei lediglich von einer "Hypothese"). Gänzlich unerwähnt bleibt, dass die GEW Hamburg die Geschichte des Gebäudes Rothenbaumchaussee 19 aufgearbeitet hat und 2013 zu einem günstigen Preis an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft und 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg gespendet hat. Zusätzlich hat der Landesverband Hamburg beschlossen, den BERTINI-Preis mit jährlich 2.500 Euro zu unterstützen und in die Jury zu gehen sowie einen Fonds gegen Rassismus einzurichten, der jährlich 10.000 Euro für Projekte zur Antirassismus-Arbeit bereitstellt.

Der BASS ist den Weg gegangen, die Auseinandersetzung über die Geschichte der GEW ohne die GEW und außerhalb der GEW zu führen – das hat der HV so zur Kenntnis genommen und entschieden, den bereits veröffentlichten Brief im Nachhinein nicht auch noch auf der GEW-Homepage zu veröffentlichen.

Die hlz-Redaktion schließt sich der Meinung der GEW-Bund an und druckt die Stellungnahme des BASS deswegen ebenfalls nicht ab. Unter dem Link <https://keinvorbild.wordpress.com/> ist diese einzusehen.

REZENSION

Der Mantel des Verdrängens und Verschweigens wird (wieder) angehoben

NSLB-Mitgliedschaft war keine Pflichtveranstaltung

Der Mantel des Verdrängens und Verschweigens wird (wieder) angehoben

An der Forschungsstelle NS-Pädagogik der Universität Frankfurt/M haben die Doktorandin Saskia Müller und der Erziehungswissenschaftler Professor Benjamin Ortmeyer ein lesenswertes Buch veröffentlicht – mit erheblicher Sprengkraft: **„Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945. Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB“**

Die vorgelegte Veröffentlichung ist in Teilen eine Streitschrift. Zwar ist die Basis der Untersuchung von Müller/Ortmeyer zur ideologischen Ausrichtung der Lehrkräfte durch die Nazis relativ schmal, es wird im Wesentlichen – wie im Untertitel angegeben – das Zentralorgan des NSLB herangezogen. Es handelt sich um einen Teil einer DFG Forschungsarbeit, in der insgesamt zehn pädagogische Zeitschriften aus der NS Zeit untersucht werden. Sieben Forschungsberichte liegen bereits vor, drei (zu den Sonderschulen,

den Volksschulen und den Höheren Schulen) folgen noch. In jedem Fall ist das Ziel der vorliegenden Untersuchung notwendig und überfällig. Wenn dieser schmale Band Anlass für junge Historiker_innen ist weiter zu forschen, ist viel gewonnen.

Denn Müller/Ortmeyer geben einen neuen Anstoß für die weitere Aufarbeitung der nazistischen Vergangenheit des Berufsstandes der Pädagoginnen und

*„Gesetz zur
Wiederherstellung des
Berufsbeamtentums“
vom 7.4.1933. Aufgrund
dieses Gesetzes wurden
tausende Pädagoginnen
und Pädagogen entlassen,
weil sie antinazistisch
eingestellt waren oder als
Juden galten*

Pädagogen und ihrer Organisationen. Vor allem in den 1980er Jahren gab es hierzu bereits fundierte Veröffentlichungen. Jetzt steht die Frage im Mittelpunkt, ob es nach 1945 einen Bruch mit vorhandenen Traditionen gab oder ob sie sich nicht vielmehr

in gewisser unheilvoller Weise fortsetzten. Man mag streiten, ob der von den Autoren verwendete Begriff „Renazifizierung“ angemessen ist. Untersucht werden müsste dies in jedem Falle. Zuletzt hatte das Bundesministerium für Justiz für seinen Bereich eine entsprechende Forschungsarbeit zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der entstehenden BRD („Die Akte Rosenberg“) vorgelegt.

Müller/Ortmeyer fragen, welche Bedeutung die Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) auf das Bewusstsein und das Verhalten der in der NS-Zeit tätigen Pädagoginnen und Pädagogen und darüber hinaus nach 1945 gehabt hatte. Warum ließen sich so viele schnell in die NS-Organisation integrieren? Inwieweit dienten die im Zentralorgan des NSLB veröffentlichten Beiträge der Indoktrination? Wurden sie bejaht, übernommen und umgesetzt? Die Autorin/der Autor akzeptieren nicht, dass die Mitgliedschaft im NSLB eine Bagatelle gewesen sei, wie es nach 1945 häufig dargestellt wurde. Der NSLB sei nicht nur eine Pflichtorganisation gewesen. Und zu Recht verweisen sie darauf, dass der

NSLB – ebenso wie die NSDAP bzw. andere nazistische Berufsverbände – eine verbrecherische Organisation war. Im Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10.10.1945 wurde ausdrücklich die Auflösung solcherart nazistischer Organisationen festgelegt. Eine Neugründung wurde untersagt. Gleichzeitig wurde das gesamte Eigentum der NS-Organisationen beschlagnahmt und zunächst unter alliierter Kontrolle gestellt.

1933 traf der NSLB bei den anderen pädagogischen Verbänden auf wenig Ablehnung, vielmehr gab es eine große Zustimmung, bspw. beim Deutschen Lehrerverein, zum Zusammenschluss bzw. zur Eingliederung in den nazistischen Verband. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften bedurfte es keiner Zerschlagung der Berufsorganisationen der Pädagoginnen und Pädagogen. Innerhalb weniger Monate vertausendfachte der NSLB seine anfängliche Mitgliederzahl von 200. Die Presse der alten Verbände wurde übernommen, viele Zeitschriften von ihnen zunächst unter nazistischer Leitung fortgeführt. Diese schnelle Integration in den NS-Apparat bedarf einer differenzierten und umfänglichen Betrachtung, um nachvollziehen zu können, warum alles so schnell und glatt verlief. Gab es nur wenige, die protestierten? Gab es mehr Übereinstimmung mit dem NS, als man 1945 wahrhaben wollte? Hier fehlen Hinweise auf bereits vorhandene Regionalstudien wie die sehr lesenswerte von Uwe Schmidt zu den Hamburger Verhältnissen (*Lehrer im Gleichschritt. Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg*, Hamburg 2006) oder die Veröffentlichungen von Hans-Peter de Lorent (zuletzt: *Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz*, Hamburg 2016).

Die Hamburger „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen

Erziehungs- und Bildungswesens“, eine der Vorgängerorganisationen der heutigen Hamburger GEW, stimmte am 27. April 1933 mit überwältigender Mehrheit auf ihrer stark besuchten außerordentlichen Hauptversammlung ab, sich kampfflos den Nazis in die Arme zu werfen. Das war, und auch Müller/Ortmeyer betonten es ausdrücklich, bevor die Hamburger Industriegewerkschaften am 2. Mai 1933 gewalttätig zerschlagen wurden. „*Brausender, nicht endend wollender Beifall*“, so die damalige Hamburger Lehrerzeitung, begleitete die freiwillige Kapitulation. Nur sieben Delegierte hatten den Mut zu protestieren. Nur der kleine „Allgemeine deutsche Lehrerinnenverein“ (ADLV) wandte sich am 7. Mai 1933 dezidiert gegen den von den neuen Machthabern eingeführten »Arierparagrafen« im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 und löste sich lieber selbst auf als sich den Nazis unterzuordnen. Aufgrund dieses Gesetzes wurden tausende Pädagoginnen und Pädagogen entlassen, weil sie antinazistisch eingestellt wa-

*Ein besonderes Anliegen
von Müller/Ortmeyer
ist es, Max Traeger zu
„entzaubern“*

ren oder als Juden galten.

Ein besonderes Anliegen von Müller/Ortmeyer ist es, Max Traeger zu „entzaubern“. Er war vor 1933 einige Jahre Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ und saß für die Deutsche Staatspartei in der Bürgerschaft. Müller/Ortmeyer entdeckten ein belastendes Dokument im Hamburger Staatsarchiv. Am 28. August 1933 sollte eine weitere Hauptversammlung der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Erziehungs- und Bildungswesens“ stattfin-



den. Der neue Vorstand, der in seiner Mehrheit aus Nazis des NSLB bestand, beantragte im Vorfeld: „*Die Gesellschaft löst sich auf. Die Liquidation wird durchgeführt mit der Maßgabe, dass alle Einrichtungen und Vermögenswerte an den N.S.L.B. übergehen.*“ Als einer der „Liquidatoren“ (!) wurde Max Traeger bestimmt! Stellte er sich zur Verfügung? Zwar gelang es dem NSLB erst am 14. März 1934 anlässlich der sog. „Auflösungsversammlung“, mit Zweidrittelmehrheit die „Gesellschaft“ direkt in den NSLB zu überführen und die Übernahme der Kassen und Vermögenswerte auch juristisch abzusichern. Aber Max Traeger hatte sozusagen den Juddas gegeben, er hatte sich für die Abwicklung des Vermögens seiner eigenen Lehrorganisation zur Verfügung gestellt, obwohl er wusste, dass noch im Frühjahr 1933 Heinrich Lieth, der NS-Gleichschaltungskommissar und Gauobmann des NSLB Hamburg, der „Gesellschaft“ bei den Gleichschaltungsverhandlungen vertraglich zugesichert hatte,

dass die Vermögenswerte der „Gesellschaft“ dem damaligen Mitgliedsbestande der „Gesellschaft“ als Eigentum erhalten bleiben würden! Max Traeger war kein Nazi, aber er funktionierte und ordnete sich schnell unter. Am 1. Mai 1933 war er bereits in den NSLB eingetreten.

Müller/Ortmeyer gehen davon aus, dass die Mitglieder des NSLB, 1937 immerhin 97 Prozent aller tätigen Pädagoginnen und Pädagogen, „sich wissentlich und bewusst an der Unterstützung des NS-Regimes beteiligt“ haben

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang – und auch darauf weisen Müller/Ortmeyer am Ende ihres Buches in einem streitbaren Ausblick hin –, dass Max Traeger ohne jegliches Unrechtsbewusstsein mit Hilfe ehemaliger hochrangiger NS-Funktionäre dafür sorgte, dass das arisierte Hamburger Haus Ro 19 (Rothenbaumchaussee 19, direkt neben dem Curio Haus), das er in der damals üblichen Diktion als „Judengrundstück“ bezeichnete, Eigentum der neu gegründeten GEW Hamburg wurde und nicht an die jüdischen Vorbesitzer bzw. deren Erben ging. Max Traeger war nach 1945 Gründer der Hamburger GEW und erster Vorsitzender der Bundesorganisation. Er führte die neu gegründeten Lehrervereine als GEW in den DGB. Nach ihm ist die Bundesstiftung der GEW benannt.

Darf trotz all dieser organisatorischen Verdienste Max Traegers die GEW weiterhin einen Mitläufer in Ehren halten, fragen und Autor und Autorin? Es sei an der Zeit, „die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen“. An seine Stelle müsse ein neuer

Namenspatron treten: Heinrich Rodenstein. Rodenstein emigrierte als politisch Verfolgter bereits 1933. Wir ergänzen an dieser Stelle, dass Max Traeger auch Namensgeber einer Hamburger Grundschule ist.

Müller/Ortmeyer zeigen, wie die Lehrkräfte in der NS-Zeit ideologisch beeinflusst wurden. Mit der Gleichschaltung der pädagogischen Berufsorganisationen nach der Machtergreifung gelang den Nazis die einheitliche Ausrichtung aller im Bereich Erziehung Tätigen vom Kindergarten bis zur Hochschule nach nazistischen Grundsätzen. Die Lehrpläne wurden geändert. Sämtliche Lehrbücher wurden nach NS-Kriterien vorbestimmt. Die Schulbüchereien wurden schon früh analog zu den Bücherverbrennungen von demokratischen Inhalten »gesäubert«.

Die Autoren gehen davon aus, dass die Mitglieder des NSLB, 1937 immerhin 97 Prozent (!) aller tätigen Pädagoginnen und Pädagogen, „sich wissentlich und bewusst an der Unterstützung des NS-Regimes beteiligt“ haben.

Das Zentralorgan des NSLB, das von 1929 bis Mitte 1933 „Nationalsozialistische Lehrerzeitung (NSLZ), bis 1938 „Reichszeitung der Deutschen Erzieher“ (RZDE) und danach „Der Deutsche Erzieher“ (DDE) hieß, war im Wesentlichen eine Mitgliederzeitung. Müller/Ortmeyer zeigen auf, dass der NSLB unmittelbar nach Übernahme der alten Verbände und ihrer Presse eine antidemokratische, rassistische und antisemitische Ausrichtung umsetzte. „Das Zentralorgan des NSLB war in allen Phasen des NS-Regimes eine zutiefst judenfeindliche Zeitschrift“. Teilweise werden hier die Themenbereiche nur sehr kurz angesprochen, sie harren weiterer und intensiverer Forschung. Müller/Ortmeyer verweisen darauf, dass schon vor 1933 klar die Ausrichtung des

NSLB zu erkennen war. Als ein frühes Beispiel hierfür wird die Hetze gegen die Kinderfreundebewegung und dessen Vorsitzenden Kurt Löwenstein (SPD), Stadtrat für das Volksbildungswesen in Berlin-Neukölln, dokumentiert.

Müller/Ortmeyer setzen ihren Schwerpunkt auf die Kernbereiche der NS-Ideologie, wie sie sich im Zentralorgan des NSLB widerspiegeln: Rassismus, Herrenmenschentum, Eugenik, Judenfeindschaft.

Von besonderer Aktualität ist das abschließende Kapitel über den Zeitraum nach 1945. War das Fachwissen der Lehrkräfte tatsächlich so wichtig für den Aufbau des bundesrepublikanischen Schulwesens, dass deren vorherige Tätigkeit im NS bewusst ausgeblendet wurde?

Müller/Ortmeyer gehen davon aus, dass sich Lehrerinnen und Lehrer aktiv an der rassistischen Verfolgung nicht nur der Juden sondern auch der sogenannten

Zudem zeigen Müller/Ortmeyer auf, dass der Eugenikunterricht an den Schulen der ideologischen Vorbereitung der späteren „Euthanasie“-morde und schließlich des Holocausts diente

„Erbkranken“ beteiligten; bspw. fertigten sie Anzeigen über ihre Schüler nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ an, was in der Regel zur Zwangssterilisation der Angezeigten führte. Zudem zeigen die Beiden auf, dass der Eugenikunterricht an den Schulen der ideologischen Vorbereitung der späteren „Euthanasie“-morde und schließlich des Holocausts diente. Die Autorin/der Autor weisen auch auf die Maßnahmen gegen sogenannte „Gemeinschaftsfremde“ hin, an der auch Pädä-

goginnen und Pädagogen ihren Anteil hatten.

Das Buch hat schon jetzt eine besondere Wirkung entfaltet. Am 15. November 2016 erklärte die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe, man habe die Hinweise von Benjamin Ortmeyer aufgenommen. Dieser hatte bundesweit in öffentlichen Erklärungen und Interviews verlangt, die Geschichte der GEW einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, dazu würde insbesondere die Rolle des ersten Bundesvorsitzenden der GEW, Max Träger, gehören. Man werde, so bestätigte jetzt Tepe, zusammen mit der GEW Hamburg renommierte, unabhängige Historiker für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen. *„Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen.“* Man werde die Forschungsergebnisse ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Auch zur Vita von Max Traeger solle umfänglich geforscht werden.

Anzuregen ist, die Forschung in einen größeren Zusammenhang zu stellen. In allen gesellschaftlichen Bereichen gab es nach 1945 das Bestreben, die Verbrechen des NS zu verkleinern. Die eigene Beteiligung wurde heruntergespielt. Trotz Mitgliedschaft in NS-Verbänden war man angeblich zum »inneren Gegner« geworden. Auch in den Veröffentlichungen der GEW aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik findet sich wenig zu der Beteiligung von

Pädagoginnen und Pädagogen am Aufstieg des Nationalsozialismus. NS-Geschädigte, die in der NS-Zeit widerstanden, die verfolgt wurden, die in die Emigration gingen, wurden mit den sogenannten Entnazifizierungsgeschädigten gleichgesetzt! Statt beim Rechtsschutz den Schwer-

in die heutigen Tage gefordert, einen Schlussstrich zu ziehen unter die Aufarbeitung der NS-Zeit? Warum wandten sich Pädagog_innen so vehement gegen die Re-Education-Politik der Alliierten?

Müller/Ortmeyer ist zuzustimmen, dass es noch gewaltiger Forschungsanstrengungen zentral und lokal bedarf, um Kontinuitäten erkennen und darstellen zu können.

Es blieb nicht aus, dass auch und vor allem in Hamburg die Wellen der Empörung hochschlugen. Kein Wunder, denn das Buch von Müller/Ortmeyer bezog sich im letzten Kapitel auch auf den Konflikt innerhalb der GEW Hamburg, ein Streit, der längst vergessen schien: die Auseinandersetzung um die Villa an der Rothenbaumchaussee 19 („Ro 19“), das „Arisierungs“erbe der GEW. Wir, die Verfasser dieser Rezension, standen – gewollt oder nicht – damals im Mittelpunkt der

Kontroverse, hatten wir doch die Vergangenheit des Hauses und seiner jüdischen Voreigentümer erforscht und veröffentlicht. Wir hatten der GEW Hamburg vorgeschlagen, Ro 19 an die Stadt Hamburg zu verkaufen, um dort ein Jüdisches Museum einzurichten. Die Auseinandersetzungen endeten schließlich damit, dass Ro 19 etwas später an die jüdische Organisation Chabad Lubawitsch verkauft wurde. Die GEW Hamburg spendete der Jüdischen Gemeinde Hamburg einen Teil der Kaufsumme. Zudem wurde der Anti-Rassismus-Fonds mit jährlich 10.000 € För-



Derzeit angebrachte Gedenktafel am Curio-Haus: Mindestens beim Wort 'zwangsweise' sind Zweifel angebracht

punkt auf die in der NS-Zeit verfolgten Pädagoginnen und Pädagogen zu legen, wurden die 1945 entlassenen Lehrkräfte gefördert und unterstützt. Die Anträge auf Rechtsberatung zeigen ein eindeutiges Bild. NS-Belastete bildeten die Mehrheit. Wer im Entnazifizierungsverfahren nicht als Hauptschuldiger oder Belasteter eingestuft wurde, wurde nach dem sogenannten 131-Gesetz wieder eingestellt. Es fehlt eine Aufarbeitung der Geschichte der Mitläufer_innen und Mittäter_innen des Naziregimes. Gab es eine selbstkritische Distanz? Warum wird immer wieder bis

dergeldern eingerichtet. Dieser letzte Teil der Geschichte von Ro 19 fehlt im vorliegenden

*Wer im
Entnazifizierungsverfahren
nicht als Hauptschuldiger
oder Belasteter eingestuft
wurde, wurde nach dem
sogenannten 131-Gesetz
wieder eingestellt*

Buch. Letztlich hatte die GEW Hamburg sich ihrer Verantwortung gestellt und damit auch unsere Forschungsergebnisse zu Ro 19 und unsere Interpretation

der historischen Vorgänge akzeptiert.

Darauf kann jetzt aufgebaut werden, wenn Müllers und Ortmeys Anliegen umgesetzt wird. Zu Recht stellen sie am Beispiel Max Traegers die Frage: Seit wann sind für die GEW „kleine Nazis“ oder Mitläufer_innen ein Vorbild? Dass die GEW hierüber forschen lassen will, so jedenfalls verstehen wir die Stellungnahme der Bundesvorsitzenden der GEW, ist ein Ergebnis der Veröffentlichung von Müller/Ortmeyer.

Mag das Buch von Saskia Müller und Benjamin Ortmeier auch seine Lücken haben, mag es Ungenauigkeiten aufwei-

sen, mag das zugrunde liegende schmale Quellenstudium nicht ansatzweise den Umfang der 36seitigen Bibliographie von Jan Kellershohn erreichen, der sie jetzt im Auftrag der GEW unter dem Titel „NS-Kontinuitäten und Aufarbeitung der GEW nach 1945“ zusammenstellte (wobei er damit allerdings einen großen Teil des DFG Forschungsprojektes insgesamt abdeckte), – es war gut, dass der/die Pädagogikwissenschaftler_in mit ihrem streitbaren Buch den entscheidenden Anstoß gaben. Die GEW fängt an, ihre Geschichte nach 1945 aufzuarbeiten.

BERNHARD NETTE
STEFAN ROMEY

Die Rezension hat in der Redaktion eine intensive Diskussion ausgelöst. Wenn die Autoren davon sprechen: „Letztlich hatte die GEW Hamburg sich (durch den Verkauf von Ro19, die Redaktion) ihrer Verantwortung gestellt und damit auch unsere Forschungsergebnisse zu Ro 19 und unsere Interpretation der historischen Vorgänge akzeptiert“, steht dies nach Auffassung der Redaktion im Widerspruch zu den Beschlüssen der LVVn zu diesem Thema. Der Verkauf war unserer Auffassung nach ein Zugeständnis an die Vielen, die sich der Meinung der Rezensenten angeschlossen hatten, aber eben kein Eingeständnis der Mehrheit der Delegierten auf den Gewerkschaftstagen/LVVn, dass es sich bei der Inbesitznahme des Hauses Ro19 um Arisierung gehandelt hat.

Wir hoffen, dass es gelingt, die neuerliche Herausforderung mit unserer Geschichte in dem Geist zu führen, wie es der Beschluss des Gewerkschaftstages vom 15.5.2013 nahelegt: Er „appelliert an alle, Diskussionen und Veröffentlichungen .. ohne persönliche Beleidigungen zu führen. Diskussionen sollten zudem in einem Rahmen stattfinden, der die Darstellung kontroverser Positionen und die ausführliche Würdigung verlegter Materialien ermöglicht.“ Wir als Redaktion fühlen uns diesem Auftrag verpflichtet und werden unseren Teil dazu beitragen, diesem Anspruch gerecht zu werden.

DIE REDAKTION

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson, Stephan Willers-Inselmann

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz; Foto: creativa images/Fotolia

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: ALBERS DESIGN, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: Inke Hirsch, Verlagsvertretung Hirsch@web.de, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 1-2/2017: 1.2.2017



**Zeitschrift der GEW Hamburg
Dezember 12/2016**

hlz



**LOST IN
PARADISE**